

Fraktionsbeschluss vom 6. September 2019 **Handeln jetzt! Jedes Zehntelgrad, jeder Monat, jede Maßnahme zählt – das Grüne Klimaschutzprogramm**

Die ersten Ausläufer der Klimakatastrophe kommen bei den Menschen an – weltweit und bei uns: versinkende Inseln, schwere Stürme, Unwetter, Fluten, Hitzewellen und Dürren in einem Ausmaß und einer Häufigkeit wie nie zuvor. Der Juli 2019 war global der heißeste jemals gemessene Monat. Auf Grund der Klimakrise müssen jährlich über 20 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, Tendenz steigend. Seit Monaten ist die Klimakrise endlich überall DAS Diskussionsthema, die Jugend geht auf die Straße, eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sieht die Klimakrise als zentrale Bedrohung für eine lebenswerte Zukunft. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Umweltbewegung mahnen seit Jahren entschlossenes Handeln an, wir Grüne im Bundestag legen einen konkreten Vorschlag nach dem anderen vor für mehr und schnell wirksamen Klimaschutz in allen Sektoren.

Das Zeitfenster, in dem wir noch Kontrolle über die Klimaentwicklung haben, droht sich zu schließen. Mit jedem weiteren für entschlossene Klimapolitik verlorenen Monat spitzt sich die Klimakrise zu. Wir zerstören einen weiteren Teil unserer Lebensgrundlagen, verlieren weitere Tier- und Pflanzenarten und mehr Regionen werden durch Extremwetter verwüstet. Schon bald haben wir die Konzentration an Klimagasen in der Atmosphäre erreicht, bei der selbst Millionenstädte mittelfristig nicht mehr vor dem Versinken im Meer bewahrt werden können. Weil die Zeit so drängt, muss überall und in allen Sektoren gleichzeitig umgesteuert werden, um die Erderhitzung noch auf deutlich unter 2 Grad – möglichst 1,5 Grad – zu begrenzen und damit die schlimmsten Folgen abzumildern.

MIT KLIMASCHUTZ UNSERE WIRTSCHAFT ZUKUNFTSFEST MACHEN

Deutschland steht vor wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Die Konjunktur trübt sich ein, im Industriesektor gehen die Aufträge massiv zurück, wichtige Branchen wie die Automobilindustrie stehen unweigerlich vor einem umfassenden Strukturwandel.

Wir sind sicher: Gerade jetzt ist umfassender Klimaschutz eine ökonomische Chance. Die notwendige sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft kann und wird neue Chancen für Arbeitsplätze und die Wirtschaftsproduktion der Zukunft eröffnen. Die umfassenden Investitionen, die klimapolitisch notwendig sind, in erneuerbare Energien, in Gebäudesanierung, in Schienen- und Netzinfrastrukturen werden eine neue wirtschaftliche Dynamik entfesseln.

Mehr noch: Auf die Technologien der Zukunft zu setzen, ist geradezu Voraussetzung dafür, auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Klimaschutz gibt die Richtung für den Strukturwandel vor: Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Während wir in Deutschland bei der Entwicklung und Produktion von E-Mobilität meilenweit hinterherhinken, rollen in China und Japan die Autos der Zukunft vom Band. Heute zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Kohlerevieren die Zeche dafür, dass ihnen bis vor kurzem noch versprochen wurde, alles würde so bleiben, wie es war. Auch darum ist es unverantwortlich, in der Automobilproduktion heute noch zu versprechen, alles bliebe beim Alten.

Nur wenn wir ernst machen mit der ökologischen Modernisierung, wenn Unternehmen, Beschäftigte und Politik jetzt entschlossen und gemeinsam vorangehen, wird Deutschland ökonomisch und ökologisch vorne mit dabei sein. Der Wille ist bei vielen Unternehmen und Gewerkschaften da, die Voraussetzungen in Wirtschaft und Wissenschaft sind vorhanden. Mittlerweile rufen auch Gewerkschaftschefs zu Klimademonstrationen auf, weil sie erkannt haben, wo die nachhaltigen

Arbeitsplätze der Zukunft liegen. Sie fordern zu Recht – und gemeinsam mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern- von der Bundesregierung, Planungssicherheit, klare Rahmenbedingungen und Innovationsanreize zu schaffen, damit Zukunftsentwicklungen wie die Batteriezellenproduktion nicht am Standort Deutschland vorübergehen.

MIT KLIMASCHUTZ UNSER LAND GERECHTER MACHEN

Klimaschutz ist auch ein soziales Anliegen. Es ist ein Irrglaube, dass es Geringverdienerinnen und Geringverdiener besser geht, wenn alles so bleibt, wie es ist. Die Klimakrise trifft schon heute zum Beispiel diejenigen härter, die im schlecht isolierten Plattenbau wohnen, der sich in heißen Sommern so stark aufheizt, dass man keine Nacht durchschlafen kann, oder schlecht bezahlte Bauarbeiter, die auch in der größten Hitze schufteln müssen. Die aktuelle Verkehrspolitik trifft Menschen, die an vierspurigen Zufahrtsstraßen wohnen und die gesundheitsschädlichen Abgase einatmen müssen. Das sind ja selten Menschen mit üppigem Einkommen. Gleichzeitig streichen immer noch Großkonzerne mit klimaschädlichen Geschäftsmodellen Milliarden Gewinne ein, während die Umwelt-, Klima- und Gesundheitskosten auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Und mit Subventionen wie dem Dienstwagenprivileg zahlen wir alle für den umweltschädlichen Konsum der Reichen mit. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit bedingen einander.

Die notwendigen Maßnahmen, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise doch noch abzuwenden, werden nur gemeinsam mit den Menschen gelingen. Wirksame Klimapolitik und die damit verbundene Transformation von Wirtschaften, Arbeiten und Leben müssen sozial gerecht sein und dürfen nicht selbst zu Armut und neuen sozialen Ausschlüssen führen. Wir messen zukunftsfähige Politik auch daran, inwieweit sie soziale Härten verhindert. Deshalb haben wir unter anderem zum CO₂-Preis ein Energiegeld vorgeschlagen, das alle bekommen, von dem aber überwiegend Menschen mit niedrigem Einkommen profitieren, weil sie durchschnittlich weniger CO₂ emittieren als Besserverdienende. Bessere und günstigere Angebote bei der Bahn und im öffentlichen Personennahverkehr, geringere Heizkosten durch bessere Wärmedämmung, ökologisch erzeugte Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten und Schulen, billiger Mieterstrom aus erneuerbaren Energien – das ist angewandter Klimaschutz, der insbesondere kleinen Geldbeutel hilft.

Zudem muss die Politik nicht nur der Wirtschaft, sondern gerade auch den Beschäftigten beim notwendigen Strukturwandel helfen. Durch umfassende Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme (auch und gerade im Bereich Digitalisierung) und mit Perspektiven für Regionen, in denen der Wandel besonders stark oder besonders schnell spürbar ist.

KLIMASCHUTZ FÜR UNSERE GESUNDHEIT

Ein wirksamer Klimaschutz ist ein wichtiger Beitrag für unsere Gesundheit. Die Ursachen der Klimakrise - Verbrennung von Kohle, Öl und Gas, die Abholzung von Wäldern und der steigende Fleischkonsum aus industrieller Tierhaltung - sind nicht nur schädlich für das Klima, sondern auch für die Gesundheit der Menschen. Die ersten Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Gesundheit sind bereits jetzt nachweisbar. Zwischen 2000 und 2010 stieg die Sterblichkeit in Deutschland aufgrund koronarer Herzkrankheiten während Hitzewellen um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent. Die Klimaerhitzung sorgt außerdem für eine Zunahme von Allergien, Pollenflug wird mittlerweile über das gesamte Kalenderjahr gemessen.

WAS ZU TUN IST – DAS GRÜNE KLIMASCHUTZPAKET

Seit 2005 reden die verschiedenen Bundesregierungen unter Führung der Union und von Angela Merkel darüber, wie wichtig Klimaschutz sei und setzen sich immer neue Klimaschutzziele für die Zukunft. Doch hehre Ziele setzen ist einfach und noch einfacher ist es, sie zu verschieben. Faktisch

09/2019, [Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion](#), FRAKTIONS BESCHLUSS VOM 6. SEPTEMBER 2019
HANDELN JETZT! JEDES ZEHNTTELGRAD, JEDER MONAT, JEDE MAßNAHME ZÄHLT – DAS GRÜNE KLIMASCHUTZPROGRAMM,

haben sich alle Regierungen Merkels dem Klimaschutz verweigert. Am Ende waren die Bedenken, die Lobbys der Energie-, Verkehrs-, Immobilien- und Landwirtschaft sowie kurzfristige Industrieinteressen immer wichtiger – verlorene 14 Jahre für den Klimaschutz. In diesem Herbst bietet sich nun eine politisch einmalige Gelegenheit. Das Bewusstsein und der Wille, den Klimaschutz endlich ernst zu nehmen, sind groß wie nie. Diese Chance muss jetzt genutzt werden.

Für halbherziges Rumlavieren, für einfaches Verwalten und symbolische Scheinlösungen ist es zu spät. Wer beispielsweise meint, allein eine Ausweitung des Emissionshandels auf alle Wirtschaftsbereiche würde das gesamte Klimaproblem schon regeln, denkt zu eindimensional und lässt unter anderem außer Acht, wieviel Zeit die Implementierung in Anspruch nehmen würde. Die wichtigsten notwendigen Maßnahmen liegen auf der Hand, sie sind vielfältig, umfangreich und im Zusammenspiel verlässlich wirksam. Das Argument, einzelne Maßnahmen wie der Umstieg von Kurzstreckenflügen auf die Bahn oder Tempo 130 auf Autobahnen brächten nur wenige Prozente Einsparung an Klimagasen, dient nur als Entschuldigung dafür, nichts zu tun. Die Klimakrise hat viele Einzelursachen, die sich summieren. Dementsprechend zählt auch jede Einzelmaßnahme, jede eingesparte Tonne CO₂, jeder Tag, an dem gehandelt wird. Und für die Klimafolgen, für die Lebensbedingungen unserer und kommender Generationen zählt jedes Zehntelgrad, das wir an Erderhitzung verhindern.

1. Energiewende im Strombereich

Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300 Millionen Tonnen jährlich. Das ist mehr als das Doppelte, als die Bundesregierung an CO₂-Emissionen für das Jahr 2030 anstrebt, und ist meilenweit von einem Pfad zur Einhaltung der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jeden Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müsste Deutschland bereits 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns derzeit aber nur auf einem Ausbaupfad von ca. 50 Prozent bewegen.

Kohleausstieg sofort beginnen und schnell abschließen

Die Kohleverbrennung ist einer der größten Klimakiller in Deutschland. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat endlich einen Plan zum Kohleausstieg vorgelegt. Der Kohleausstieg muss nun unverzüglich beginnen:

- bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abschalten.
- für die Zeit nach 2022 einen verbindlichen und möglichst entschädigungsfreien Abschaltplan für Kohlekraftwerke festlegen.
- das Strukturförderungsgesetz mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort koppeln.
- das Ende des Kohleausstiegs schnell, möglichst bis 2030 erreichen.

Energiewende retten, Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor wiederbeleben

Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Dafür werden wir

Verkehr und Wärme zunehmend auf elektrischer Basis betreiben sowie – dort, wo nötig - mit erneuerbarem Strom Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für Treibstoffe) produzieren. Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien fast zum Erliegen gebracht. Deshalb muss die Energiewende jetzt unverzüglich wieder flott gemacht werden:

- die Deckelung des Ausbaus von Ökostrom streichen. Insbesondere den Ausbau der Wind und der Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist ein Ausbau von jährlich jeweils mindestens 5 Gigawatt an Wind- und 10 GW an Solarenergie netto. Um den Ausbau der Windenergie auf See zu verstetigen, müssen umgehend Sonderausschreibungen von 2 Gigawatt stattfinden. Die Flexibilisierung von Biogasanlagen soll durch die Streichung des Flex-Deckels weiterhin möglich sein.
- Mieterstrom durch bessere rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen unterstützen statt behindern.
- ein nationales Flächenziel Windkraft festlegen.
- eine Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den Ausbau von Erneuerbaren zu fördern ohne andere Schutzziele zu gefährden
- Anreize für Investorinnen und Investoren, Anwohnerinnen und Anwohner sowie Anliegergemeinden von Wind- und Solarenergieanlagen schaffen, unter anderem eine Solarpflicht für Photovoltaik auf Neubauten und durch Forschungs- und Förderprogramme für Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und Energieproduktion
- Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten zum Beispiel zwischen Windanlagen und Naturschutz unterstützen anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- die Sektorkoppelung voranbringen, den Strommarkt reformieren und die Digitalisierung der Stromversorgung vorantreiben.
- die Stromsteuer im Zusammenhang mit einem CO₂-Preis auf das europarechtlich mögliche Minimum absenken.
- fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbrauchern, KMU und Industrie
- die europarechtlichen Vorgaben aus dem „Winterpaket“ schnellstens in nationales Recht umsetzen, um so der Bürgerenergie Schwung zu verleihen.

2. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden

Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die Sanierungsrate zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen bei Weitem nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Bei einem „weiter so“ würde es hundert Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudebereich zu schaffen, den wir aber dreimal so schnell, nämlich bereits bis 2040 brauchen, um die Pariser Klimaziele noch zu erreichen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern, allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch hin zu ökologisch modernen Gebäuden schaffen.

Ein CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung wirtschaftlicher als bisher. Damit alle Eigentümerinnen und Mieterinnen bei der Energiewende in Gebäuden mitmachen und partizipieren können, braucht es zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen.

Mehr Wärme durch erneuerbare Energien

Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den erneuerbaren Energien. Auch hier muss die Bundesregierung endlich handeln:

- den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand deutlich anheben, Ziel 100 Prozent bis 2040.
- keine neuen Ölheizungen mehr zulassen.

Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für Eigentümerinnen und Eigentümer

16 Millionen der 19 Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon sind noch vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1978 entstanden und bisher nicht energetisch modernisiert. Die Eigentümerinnen und Mieterinnen dieser Gebäude sind in der Regel keine Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten Klimainformationen und Modernisierungen. Zentral für uns sind daher:

- Austauschprogramm „Sonne statt Öl“: Ein Förderprogramm für den Tausch der Ölheizung gegen eine moderne Heizung mit Sonnenwärme, Wärmepumpe oder Holz.
- Klima-Service für Ein- und Zweifamilienhäusern: Für Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern fordern wir einen kostenlosen Klima-Service: Energieberaterinnen und Energieberater nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen kostenlosen Klima-Fahrplan fürs Haus. Der Klima-Fahrplan schlägt geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrigst-Energie-Gebäude mit erneuerbarer Wärme werden kann.
- Energie-Bauleitung: Wir fordern einen finanziellen Zuschuss für die fachkundige Energie-Bauleitung. Die Energieberaterin/der Energieberater wird dazu als Bauleiter/Bauleiterin zur Umsetzung einzelner Schritte des Klima-Fahrplans für das Haus tätig. Sie beauftragt alle Handwerkerinnen und Handwerker und prüft ihre Arbeit.

Klima-Check und Mieterschutz für Mieterinnen und Mieter

Jeder Mieter, jede Mieterin soll wissen, wo die Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem wollen wir Mieterinnen und Mieter vor hohen Modernisierungskosten schützen. Dafür wollen wir:

- jeder Mieterin, jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen Heizkostenabrechnung zu erstellen.
- die Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete auf höchstens sechs Prozent der Kosten im Jahr, beziehungsweise maximal 2 Euro brutto pro Quadratmeter deckeln. Mit Hilfe des Programms „Gutes Klima im Quartier“ und eines Klimawohngebühren werden diese Kosten für Haushalte mit kleinen Einkommen weiter reduziert. Unser Ziel sind Klima-Modernisierungen ohne Erhöhung der Warmmiete. Auch Mieterinnen und Mieter müssen nach Modernisierungen langfristig Einsparungen sehen.

Aktionsplan Faire Wärme

Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die Bausteine der Energiewende im Wärmesektor und Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere, Stadt und Land. Dazu gehören:

- eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und saubere Wärmenetze – um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen
- das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die energetische Quartierssanierung ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel und Dörfer und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor Ort
- ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihr Haus oder ihre Wohnung klimafreundlich modernisieren
- endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale Bundesverwaltung; Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften sind bis zum Jahr 2030 klimaneutral.
- 200 Millionen Euro jährlich für Energieberatung wie Klima-Service und Klima-Check.

Mehr Energieeffizienz

Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird. Hier reichen die politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- Förderprogramme für die Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe.
- ein modernes Gebäudeenergiegesetz, das an Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist
- Niedrigstenergiehäuser als verpflichtenden Standard: KfW Effizienzhaus 40 (ähnlich einem Passivhaus) bei Neubauten, bei umfassender Sanierung bestehender Altbauten soll KfW Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein.

3. Verkehrswende

Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase jedes Jahr werden im Verkehrssektor produziert. Selbst nach den unzureichenden Klimazielen der Bundesregierung dürften hier im Jahr 2030 nur noch 95 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen werden. Aber auch davon sind wir weit entfernt, denn die Bundesregierung ist in der Verkehrspolitik nach wie vor als Geisterfahrer unterwegs: Die Emissionen sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle Klimaziele im Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von Deutschland ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Bahn flott machen

Die Bahn ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann.

- **Bundesweiten Deutschlandtakt einführen:** garantierte Anschlüsse, dichter Takt, Abstimmung Fern- und Nahverkehr
- **Nachtzugverbindungen** wiederherstellen
- **Bahnfahren attraktiver und bezahlbar machen:** Mehrwertsteuersenkung bei allen Bahntickets von 19 auf 7 Prozent, das macht das Bahnfahren billiger und verbessert die Wettbewerbsbedingungen gegenüber klimaschädlichen Mobilitätsträgern wie dem Flugverkehr. Verbesserung der Serviceleistungen, zum Beispiel kann die Bahn mit einem leistungsfähigen und verlässlichen W-Lan zum rollenden Büro werden.
- **Schienennetz ausbauen:** Umsteuern bei den Infrastrukturinvestitionen – weg von der Straße hin auf die Schiene. 2000 Kilometer Schienennetz reaktivieren, neue Trassen planen und bauen. Sofortprogramm zur Sanierung des Schienennetzes, von Brücken und Tunneln, die Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut wollen wir in die **Schiene** investieren.
- **Grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken:** fehlende Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen, Passagierrechte europaweit stärken.

Den Öffentlichen Personenverkehr stärken

Damit alle bezahlbar, verlässlich und klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser ausgebaut und die Angebote verbessert werden.

- **Mittel** für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs deutlich **erhöhen**, um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern.
- Einen **Mobilpass** einführen: aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen, Share-Bikes und –Cars - in ganz Deutschland unterwegs.
- Allen Menschen in Deutschland eine **Mobilitätsgarantie** geben: durch gezielte Förderung strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen.
- die Möglichkeiten der **Digitalisierung** nutzen, um weitere Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen.

Vorrang für Rad und Fußverkehr

Schwer zu glauben, aber wahr: Einen großen Teil ihrer täglichen Wege legen die Menschen zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Vier von zehn Autofahrten in der Stadt sind unter fünf Kilometer - Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber meist nur so viel Platz zugestanden, dass der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen kann. Höchste Zeit, dass diese klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert und sicher gestaltet werden:

- **Straßenraum umverteilen:** mehr Platz für Rad und Fußverkehr durch eine neue Raumaufteilung und neue Möglichkeiten des Parkraummanagements durch Änderung des Straßenverkehrsrechts.
- gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-**Programme zur Förderung von Rad- und Fußverkehr.**
- rad- und fußverkehrsfreundliche **Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts** um Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und deutlich

sicherer und bequemer zu machen, Bußgelder für verkehrsgefährdendes und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöhen.

- die Möglichkeiten der **Digitalisierung** nutzen, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr umzusetzen.

Emissionsfreie Mobilität / Elektromobilität voranbringen

Trotz Bahnausbau und gut funktionierendem Personennahverkehr wird auch künftig das Auto eine wichtige Rolle spielen – insbesondere in ländlichen Räumen. Die Zukunft wird elektromobil sein. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die richtigen politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft schnell und reibungslos gelingt:

- **Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor** im PKW-Bereich **bis 2030**: schrittweiser Umstieg auf Elektromobilität bis 2030 mittels jährlich steigender Quotenregelungen, danach kein Verkauf von Autos mit fossil betriebenen Verbrennungsmotoren mehr
- **Förderung emissionsfreier Fahrzeuge** durch eine Bonus-Malus Regelung in der Kfz-Steuer ersetzt die weitgehend unwirksame Kaufprämie für Elektroautos
- Ausbau und Standardisierung der **Ladeinfrastruktur** für Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, Entwicklung eines flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Ladestellen mit unkomplizierter Handhabung und Abrechnung sowie transparenten Preisen und Abbau bürokratischer Hürden für Ladestellen in Wohnhäusern.
- **Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos**: steuerliche Anreize für die Nutzung von Rad, Bus und Bahn sowie abgasarmer Autos statt Subventionierung schwerer Dienstwagen, Abbau der Dieselsubventionen.

Tempolimits

In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und zum Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- allgemeines **Sicherheitstempo 130** km/h auf Autobahnen einführen.
- ermöglichen, dass Kommunen eigenständig Tempo 30 setzen können.
- Bußgeldkatalog für zu schnelles Fahren anschärfen.

Flugverkehr vermeiden, Subventionierung des Flugverkehrs beenden:

Wir wollen innerdeutsche Flüge und Flüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2035 überflüssig machen. Dazu muss zugleich die Subventionierung des Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr klimafreundlicher gemacht werden:

- Befreiung des **Kerosins** von der Energiesteuer beenden.
- **Mehrwertsteuer** für alle Flugreisen einführen und Verdoppelung der **Luftverkehrssteuer** (solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben werden), Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und Lärmbelastung sowie Ausweitung auf Frachtflüge.
- **Subventionierung** defizitärer Flughäfen stoppen.

- **Start- und Landgebühren** für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche und laute Flieger erhöhen.
- **Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte** für Flugzeuge international vorantreiben
- Forschung und Marktführung von **emissionsfreien Flugzeugen** und Kraftstoffen fördern
- Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU wieder in den Europäischen **Emissionshandel** einbeziehen.

Güterverkehr dekarbonisieren

Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das wollen wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- kurzfristig die **Lkw-Maut reformieren**: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Straßen und alle LKW über 3,5 Tonnen.
- schnell **Güter von der Straße auf die Schiene** bringen: dauerhafte Halbierung der Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur.
- mehr **Güter von der Straße auf das Binnenschiff** bringen: zügig marode Wasserstraßen sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung langfristig sichern, schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen aufbauen, Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen, um schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen.
- die Ziele der Klimakonferenz von Paris auch auf die **Seeschifffahrt** übertragen und entsprechende verbindliche Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes in der Seeschifffahrt auf Ebene der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) verabschieden, Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den Europäischen Emissionshandel.
- den gesamten Güterverkehr - auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – **auf erneuerbare Energien umstellen**, Ziel klimaneutraler Verkehr 2050; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und Markteinführungsförderung.

4. Zukunftsfähige Industriepolitik

Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als bisher. Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den letzten Jahren – trotz des Europäischen Emissionshandels – nicht gesunken. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der Einsatz Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienzen zu heben und die für eine ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten Innovationen auszulösen. Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen Förderinstrumente sind:

- Investitionen in **CO₂-freie Industrieprozesse**: Emissionshandel stärken, bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte Forschungsförderung; **Erneuerbare Energien zur Eigennutzung** günstiger stellen: Verlängerung der entsprechenden Regelungen im Kraftwärmekopplungsgesetz
- **Klimafreundliche Leitmärkte** schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen Beschaffung auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge,

Immobilien; Einsatz recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen

- die **zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente** gezielt auf die Bekämpfung der Klimakrise ausrichten. Dies betrifft etwa die Hightech-Strategie oder die neue Agentur für Sprunginnovationen
- **Systeminnovationen** für eine **klimaneutrale Wirtschaft** identifizieren und fördern, z.B. durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten (z.B. Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr
- **Klimaneutrale Kreislaufwirtschaft**: u.a. Verankerung eines gesetzlichen Abfallvermeidungsziels für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis 2030, Verankerung von Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-Richtlinie, Einrichtung eines Deutschen Forschungsinstituts zur Förderung der Kreislaufwirtschaft

5. Landwirtschaft und Ernährung klimafreundlich und klimafest machen

Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen wie die Landwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die Landwirtschaft ist schon heute Leidtragende der Klimakrise. Zugleich heizen die falsche Agrarpolitik der Bundesregierung und eine fehlgeleitete EU-Agrarpolitik die Klimakrise mit an. Um den Weltmarkt bedienen zu können, haben die Landwirtschaftsministerinnen und -minister der Unionsgeführten Bundesregierungen alles getan, um die Tierhaltung immer größer werden zu lassen. Das Resultat sind Niedrigpreise, Tierleid, Höfesterben und eine überdimensionierte industrielle Massentierhaltung. Gerade in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind Regionen mit einer extrem hohen Tierkonzentration entstanden. Hier wollen wir gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern Wege zu einer standortangepassten Tierhaltung finden. Weder haben wir die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen, noch kann es gelingen, die anfallenden Güllemassen umweltverträglich auszubringen. Auch beim Ackerbau lässt die Bundesregierung Bäuerinnen, Bauern und Gesellschaft seit Jahren im Stich. Spätestens seit der Dürre 2018 müsste klar sein, dass es dafür einen schnellen Masterplan braucht. Gute Böden speichern CO₂ und puffern Wetterextreme ab. Resistenterer Kulturen und Sorten können Extremsommern – die in der Zukunft Normalität sein könnten – besser trotzen.

Auch unser Ernährungssystem muss umgebaut werden. Denn was wir essen hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern vor allem auch auf das Klima, die Umwelt und die Tiere. Deshalb brauchen wir eine Ernährungswende.

Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

- die **EU-Agrarförderung radikal umbauen**. Öffentliche Gelder nur in öffentliche Leistung investieren. Förderung darf es nur noch für eine klima- und tierfreundliche, arten- und umweltschützende Landwirtschaft geben. Bis zu einer solchen Reform muss Deutschland alle Möglichkeiten nutzen, innerhalb des bestehenden Systems umzusteuern.
- **industrielle Massentierhaltung** in tiergerechte Haltung **umbauen**: eine Tierhaltung, die auf Qualität setzt statt auf Masse ist an die Fläche gebunden (maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar). Einen Zubau weiterer Massentierhaltungsanlagen lehnen wir ab, für bestehende soll ein Umbauprogramm aufgelegt werden und wir passen die Vorschriften zur Haltung an die Bedürfnisse der Tiere an – nicht umgekehrt.

- **Überdüngung stoppen.** Das deutsche Düngerecht muss so an die Anforderungen von Klima-, Natur- und Wasserschutz angepasst werden, wie es die EU-Kommission schon lange vorgibt. Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete eine deutliche Begrenzung der Menge an Düngemitteln, die ausgebracht werden darf.
- **Ökolandbau voranbringen.** Das führt zu besserem Humusaufbau und weniger Lachgasemissionen. Wir wollen den Ökolandbau bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche sehen. Dafür wollen wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den Ökolandbau investieren
- **Moore wiedervernässen:** gemeinsames großflächig wirksames Moor-Renaturierungsprogramm von Bund und Ländern, kein Umbruch und Entwässerung von Moorböden mehr.
- **Gesunde Böden fördern:** Viele Regionen werden in den nächsten Jahren mit Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und geschützt ist – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Agroforstsysteme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen den Ackerbau sowohl klimafreundlicher als auch robuster.
- **Ernährungswende auf den Weg bringen:** Wir brauchen ein Ernährungssystem, das auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt, auf dem Land und in der Gemeinschaftsverpflegung setzt und nachhaltige Ernährungsstrategien entwickelt, damit wird auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt.
- **Lebensmittelverschwendung eindämmen:** verbindliche, branchenspezifische Reduktionsziele auf sämtlichen Stufen der Wertschöpfungskette festlegen. Wir wollen die Lebensmittelverschwendung bis 2025 um 30 Prozent verringern. Dafür braucht es gesetzliche Regelungen statt Runder Tische.

6. Waldpolitik für gesunde Wälder

Der Aufbau eines naturnahen, gesunden Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes auch dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den Fehlern der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen, brauchen wir jetzt naturnahe Laubmischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den Dürresommer 2018 und die Hitzeperioden dieses Jahres droht jetzt ein neues Waldsterben. Auf internationaler Ebene muss sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnerländern noch stärker für einen effektiven Waldschutz, insbesondere von Urwäldern und artenreichen Sekundärwäldern einsetzen. Die Waldpolitik muss daher auf allen Ebenen umsteuern:

- Umwandlung von Holzplantagen in **naturnahe Wälder** und ökologische Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern; alte Wälder dauerhaft schützen und mit einem Moratorium den Einschlag alter Bäume stoppen.
- **Waldzukunftsfonds** von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste Finanzspritze für den kranken Wald; Förderung immer nach dem Prinzip „Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“
- **Wiederbewaldung** mit standortheimischen Baumarten auf zerstörten Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern

- 5 Prozent, perspektivisch 10 Prozent **Urwaldflächen** bundesweit, in öffentlichen Wäldern bereits heute 10 Prozent Urwaldfläche verbindlich machen
- **Importbeschränkungen** bzw. strenge **Kontrollmechanismen** von Produkten, die Ur- und Regenwaldzerstörung vorantreiben, wie z.B. Palmöl, Soja und Rindfleisch, einen Importstopp für Tropenholz sowie für Holz und Holzprodukte aus illegalem Einschlag erlassen

7. Die richtigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Klimapolitik setzen

Um die Klimaschutzziele erfolgreich umzusetzen, müssen endlich die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt, sektorübergreifende Maßnahmen ergriffen, zielführende Instrumente installiert, sowie Governance-Strukturen etabliert werden.

- **Klimaschutz ins Grundgesetz:** Wir wollen die international vereinbarten Klimaschutzziele verbindlich in der Verfassung verankern. Dann wird die Bundesregierung gezwungen, in Deutschland ernst zu machen und endlich zu handeln. Und Klimaschutz wird besser einklagbar.
- Ein wirksames **Klimaschutzgesetz** bildet den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen.
 - klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren mit dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen
 - dichte Kontrolle, ob die Maßnahmen wirken und empfindliche Sanktionen
 - gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung
- **CO₂-Preis auf alle fossilen Brennstoffe:** Dem Preis kommt in einer Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame, sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative Klimaschutztechnologien sich durchsetzen.
 - Im Europäischen Emissionshandel sollte Deutschland Angebote von Frankreich und den Niederlanden annehmen und einen Mindestpreis in Höhe von 40 Euro festlegen.
 - Die Energiesteuern im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-Komponente reformieren. Der Einstiegspreis soll aktuell bei 40 Euro liegen. Der Preis muss planbar ansteigen. Mit den Einnahmen schaffen wir die Stromsteuer ab und führen als sozialen Ausgleich ein Energiegeld für alle ein.
 - Wir wollen in diesem Zusammenhang die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen Wettbewerb mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt, aber gleichzeitig ein stärkerer Anreiz gegeben wird, dass die Industrie in CO₂-freie Technologien investiert und CO₂-sparsame Werkstoffe einsetzt.

8. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz

Wir wollen beim Klimaschutz alle mitnehmen. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie ökologisch *und* sozial ist. Deshalb ist die ökologische Frage auch immer eine soziale Frage und wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht durch die ökologische Modernisierung abgehängt werden.

- Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Dabei wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und Qualifizierung sind dabei entscheidend. Wir wollen ein **Recht auf Weiterbildung** einführen, die Beratung vor Ort verbessern und vernetzen, eine sozial-gerechte Weiterbildungsförderung schaffen, die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und **besonders betroffene Branchen zielgenau unterstützen**.
- Wir wollen verhindern, dass Klimaschutz z.B. durch höhere Preise, zu neuen sozialen Ausschlüssen führt.
 - Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir ein **Energiegeld** von 100 Euro, das jede Bürgerin und jeder Bürger erhält. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon.
 - Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und **Stromsperren** verhindern, von denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen Lebenslagen betroffen sind.
 - Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein **Klimawohn geld** einführen und so für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Sanierungen ermöglichen
 - Verabschiedung eines **bundesweiten Hitzeaktionsplans**, der die Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden schützt.
 - Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Über **Sozialtickets und unseren Mobilpass** sorgen wir dafür, dass Bahnfahrten und ÖPNV gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar sind.
 - Wir müssen die Hartz IV-Regelsätze so erhöhen, dass sie armutsfest sind und soziale Teilhabe garantieren. Wir wollen eine **Stromkostenpauschale** aus dem Regelsatz herauslösen und jährlich dynamisieren, so dass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen werden. Menschen, die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet werden.
 - Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische Kaufentscheidungen. Wir wollen das **Tarifvertragssystem stärken**, den **Mindestlohn** erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine **bessere Bezahlung der sozialen Berufe**.

9. Bildungs- und Forschungsoffensive für den Klimaschutz

Der erfolgreiche Kampf gegen die Klimakrise beginnt mit Wissen – und damit an Orten, an denen gelernt, gelehrt und geforscht wird. Insbesondere die Klimaforschung ist die Grundlage einer effektiven, nachhaltigen und verantwortungsvollen Klimapolitik. Klima-

und Klimafolgenforschung zeigen die Möglichkeiten auf, die menschengemachte Erderhitzung zu begrenzen. Wir wollen eine **Bildungs- und Forschungsinitiative für die sozial-ökologische Wende auf den Weg bringen**. Sie soll:

- das Konzept einer **Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)** in allen Lernorten **verankern**. Die jungen Generationen sollen zukunftsfähiges Denken und Handeln lernen und verantwortungsvolle Entscheidungen treffen können.
- ein **Forschungsrahmenprogramm für den Klimaschutz auflegen**, das das Wissen über das Weltklimasystem ausbaut. Zivile Sicherheit und Klimaforschung wollen wir für einen vorausschauenden Katastrophenschutz stärker verzahnen.
- **Forschungslücken in der Energieforschung identifizieren und schließen**, um den Ausbau von erneuerbaren Energien noch effizienter zu gestalten.
- durch **Experimentierräume** die Forschung schneller in die Anwendung bringen und in Städten und ländlichen Regionen die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende schneller umsetzen.

10. Investitionen in Klimaschutz

Klimaschutz erfordert massive Investitionen. Und: Ein wichtiger Schlüssel zur Lösung der Klimakrise liegt im Finanzsektor. Hier müssen billionenschwere Finanzströme umgelenkt werden – weg von der Finanzierung der Klimazerstörung, hin zu Investitionen in Klimaschutz. In erneuerbare Energien, in Netze und Speicher, in die Schieneninfrastruktur, in Züge und Busse, in Gebäudesanierung und klimaneutrale Neubauten. Gerade hier ist es besonders wichtig, schnell umzusteuern, denn Infrastruktur oder Gebäudeinvestitionen wirken über mehrere Jahrzehnte nach. Eine breit angelegte Investitionsoffensive steuert zudem der abkühlenden Konjunktur entgegen und sichert unseren zukünftigen Wohlstand:

- Im **Bundshaushalt** müssen unverzüglich die Spielräume für die notwendigen Investitionen geschaffen werden. Zur Finanzierung unserer Klimaschutzmaßnahmen werden wir:
 - **Umweltschädliche Subventionen** wie das Dieselpprivileg, die Steuerbefreiung für Kerosin oder die Dienstwagensubventionierung für Spritschlucker abschaffen
 - Mittel im **Haushalt umschichten**, z.B. vom Straßenbau in die Bahninfrastruktur
 - **Energie- und Klimafonds** novellieren und stärker an den aktuellen Erfordernissen ausrichten
 - Angesichts der Klimakrise und der enormen Investitionsbedarfe zur Rettung unseres Klimas, niedriger Zinsen und der schwächelnden Konjunktur ist es sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll, Möglichkeiten für eine Kreditfinanzierung von Investitionen in Klimaschutz zu nutzen. Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter wie Stromnetze oder Ladeinfrastruktur, mit denen sich Einnahmen erzielen lassen. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen. Good Governance und demokratische Beteiligung sollen für Transparenz und Kontrolle sorgen. Zudem wollen wir die Schuldenbremse im Grundgesetz weiterentwickeln und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen. Für Nettoinvestitionen soll eine Neuverschuldung ermöglicht werden, verbunden mit der strukturellen Verschuldung gesamtstaatlich in der Summe bis zu

einem Prozent des BIP, solange der Schuldenstand unter der Maastricht-Marke von 60 Prozent liegt. Diese Gelder wollen wir in einen Bundesinvestitionsfonds überführen, der als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt.

- Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert:
 - öffentliche Banken und Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung** der Wirtschaft umlenken und umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards
 - neue **Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand**, Fonds wie für die Beamtenpension oder Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit gehören nach Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien angelegt. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas machen, beenden.
 - Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen **verbindlichen europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, anhand dessen auch klima- und umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage müssen alle Finanzmarktakteure die **Klima- und Umweltauswirkungen** ihrer Investitionen **offenlegen**.
 - **Klimarisiken**, die **in Konzern- und Bankbilanzen** schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die **Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden**, zum Beispiel durch **Klima-Stresstests** für Banken und Versicherungen oder **Aufschlägen bei Eigenkapitalanforderungen** zur Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen

11. Europäischer Klimaschutz

Deutschland muss beim Klimaschutz endlich vorangehen – auch auf europäischer Ebene. Denn als stärkste Volkswirtschaft und größter CO₂-Emittent wollen wir unserer Verantwortung gerecht werden. Europa ist ein wichtiger Leitmarkt. Wenn hier Klimaschutz groß geschrieben wird, hat das Auswirkungen auf der ganzen Welt. Die Bundesregierung muss sich daher dafür einsetzen, dass die Europäische Union zur Klimaschutz-Union wird:

- auf europäischer Ebene noch 2019 eine ambitionierte **Klimalangfriststrategie** verabschieden, die Europa den Weg zu Klimaneutralität 2050 weist
- unter Beteiligung des Bundestages und der Zivilgesellschaft bis Ende des Jahres einen **Nationalen Energie- und Klimaplan** bei der EU-Kommission einreichen, der einen angemessenen deutschen Beitrag zu einem ambitionierten EU-Klimaziel bis 2030 leistet
- eine **ambitionierte Klimaquote** in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen vereinbaren, die deutlich über die aktuelle Position der Bundesregierung von 25 Prozent hinausgeht.

- Klimapolitik und das Pariser Klimaabkommen prioritär in allen Bereichen der EU-Außenpolitik, einschließlich internationaler **Handelsverträge** und der **Entwicklungszusammenarbeit**, verankern
- Die **deutsche Ratspräsidentschaft** 2020 unter das Banner des Klimaschutzes stellen.

12. Internationaler Klimaschutz

Es ist ein Skandal, dass Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern ihre Heimat und ihre Lebensgrundlagen verlieren, weil die Industriegesellschaften weiterhin nahezu ungebremst das Klima zerstören. Das muss sich ändern. Im internationalen Klimaschutz stehen in der zweiten Jahreshälfte 2019 zwei wichtige multilaterale Konferenzen an: Der Klimagipfel des UN-Generalsekretärs im September 2019 sowie die 25. Weltklimakonferenz in Chile im Dezember 2019. Die Bundesregierung muss sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass

- der **europäische Beitrag** zum Pariser Klimaabkommen von 40 Prozent auf mindestens 60 Prozent bis 2030 erhöht wird und so möglichst viele Staaten ermuntert werden, ihre Zusagen ebenfalls zu erhöhen
- die von der Klimakrise **am härtesten getroffenen Staaten** bei daraus resultierenden Schäden und Verlusten **unterstützt** werden
- mehr finanzielle Mittel in den Fonds für die am Wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries Fund) eingezahlt werden
- die internationale **Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen** in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 sichergestellt, bei Bedarf aufgestockt und die Beiträge zum Green Climate Fund erhöht werden. Dazu muss die Bundesregierung mindestens die von der Bundeskanzlerin versprochene Verdopplung der Klimamittel auf 4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 in den Bundeshaushalt einstellen. Diese Mittel müssen langfristig ohne Verrechnung mit der Entwicklungszusammenarbeit auf den fairen deutschen Anteil von 8 Milliarden Euro anwachsen. Dazu stellen wir zusätzlich jährlich 1,2 Milliarden Euro für offizielle Entwicklungshilfe (ODA) sowie 800 Millionen Euro für internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz bereit.
- das auf der COP23 in Katowice erarbeitete **Regelbuch** zur Umsetzung des Pariser Abkommens fertiggestellt und dabei insbesondere die doppelte Anrechnung internationaler Marktmechanismen zur Emissionsreduktion ausgeschlossen wird.

Zu all diesen Punkten haben wir umfassende grüne Konzepte formuliert. Die Bundesregierung könnte sofort damit beginnen, sie umzusetzen. Wichtig ist dafür, dass eine starke Zivilgesellschaft weiterhin den Druck aufrecht erhält und laut konsequente Klimaschutzpolitik einfordert. Das nächste starke Signal wird der internationale Klimastreik am 20. September. Das begrüßen und unterstützen wir.

Es sind auch noch Fragen und Probleme offen, andere werden hinzukommen. Wir wollen sie mit allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, die guten Willens sind, gemeinsam weiter bearbeiten und letztlich lösen.

Auch wenn das alles nach sehr viel auf einmal aussieht: Große Probleme verlangen nach großen Lösungen. Wenn wir jetzt nicht umfassend und schnell handeln, werden morgen die Schäden und Kosten weitaus größer sein und wir verspielen die Chancen kommender Generationen. Das wollen und das werden wir verhindern.